

## Helmut Kohl, Ich wollte Deutschlands Einheit

**Legende:** Helmut Kohl, Bundeskanzler von 1982 bis 1998, beschreibt in seinen Erinnerungen die letzten Versuche der Kommunisten in der DDR ihre Macht zu konsolidieren.

**Quelle:** KOHL, Helmut. Ich wollte Deutschlands Einheit, Dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth. 2. éd. Berlin: Propyläen-Verlag, 1996. 488 S. ISBN 3-549-05597-8. p. 246-249.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/helmut\\_kohl\\_ich\\_wollte\\_deutschlands\\_einheit-de-6ee0139f-d606-4bd0-a4d2-c61ef2ba827d.html](http://www.cvce.eu/obj/helmut_kohl_ich_wollte_deutschlands_einheit-de-6ee0139f-d606-4bd0-a4d2-c61ef2ba827d.html)

**Publication date:** 02/07/2015

## Helmut Kohl, *Ich wollte Deutschlands Einheit*

[...]

Die DDR-Regierungspartei SED/PDS präsentiert sich derweil wie zu den Hochzeiten der Ära Honecker als »konsequent antifaschistisch«. Es ist der durchsichtige Versuch, der dahinsiechenden DDR einen Rest von Staatsräson zu erhalten und damit ihre Existenzberechtigung national und international zu demonstrieren. Da paßt es gut, daß kurz vor Jahresende Unbekannte am streng bewachten Treptower Sowjet-Ehrenmal rechtsradikale Schmierereien angebracht haben. Die SED/PDS mobilisiert daraufhin ihre Anhängerschaft zu einer gewaltigen »Demonstration gegen Neofaschismus und Antisowjetismus«. Mehr als zweihunderttausend Menschen ziehen durch die Straßen Ost-Berlins, vorneweg der amtierende Staatsratsvorsitzende Gerlach, Außenminister Fischer, der Ost-Berliner Oberbürgermeister Krack sowie der sowjetische Botschafter in der DDR, Wjatscheslaw Kotschemassow. In Moskau tritt Außenamtssprecher Gerassimow an die Öffentlichkeit und spricht von »neonazistischen Kräften aus Berlin (West)«, die für diesen Akt des Vandalismus verantwortlich seien.

So konsequent antifaschistisch sich die DDR-Führung unter Modrow gebärdet, so konsequent gibt sie auch vor, die demokratische Erneuerung voranzutreiben. Aus der Volkskammer werden zahlreiche Funktionäre ausgestoßen, deren Namen für die alten Zeiten stehen, unter ihnen die einstigen Politbüromitglieder Werner Eberlein, Werner Jarowinski, Heinz Keßler, Gerhard Schürer, Günter Schabowski und Egon Krenz. Sie und den Interims-Generalsekretär wift man bald auch aus der Partei. Andere, wie der frühere Volkskammerpräsident Horst Sindermann oder Ex-Verteidigungsminister Kessler, werden verhaftet. Doch alles in allem sind dies erkennbar nur vordergründige Manöver, die nichts anderes bewirken sollen, als die schwindende Macht der taumelnden Staatspartei zu konsolidieren.

Daß es Modrow und seinen Gefolgsleuten genau darum geht, verdeutlichen ihre Versuche, den Staatssicherheitsdienst mit neuem demokratischen Etikett zu versehen, nicht aber auf seine Rolle als »Schild und Schwert der Partei« gänzlich zu verzichten. Unter diesem Eindruck ruft der im Dezember ins Leben gerufene »Runde Tisch«, der die Reformkräfte bündeln soll, am 8. Januar zum Widerstand gegen die »Restaurationspolitik und ihren Sicherheitsapparat« auf. An dem Streit um das Amt für Nationale Sicherheit, wie das Stasi-Ministerium fortan heißen soll, droht nun sogar der »Runde Tisch« zu scheitern.

»Mit seinem Versuch, die Stasi zu retten, erwies sich Modrow einen Bären dienst«, resümiert Kohl. »Ausgerechnet in einer Situation, in der viele unserer Landsleute in der DDR gleichsam schon auf gepackten Koffern saßen, um das Land zu verlassen, strebte er eine Neuauflage des Staatssicherheitsdienstes an. Das mußte natürlich katastrophale Folgen haben. Das hat gewirkt wie ein Frosteinbruch im Frühjahr. Die Stimmung schlug dramatisch um. Aus anfänglichem Optimismus wurden Pessimismus und Verbitterung. Ich bin sicher, die Stimmung in der DDR wäre nicht so verfallen, wenn es diese unseligen Bestrebungen nicht gegeben hätte. Dies nährte nicht nur die ohnehin vorhandenen Zweifel der DDR-Bevölkerung an Modrows Reformwillen, sondern auch Befürchtungen, alles könnte wieder so werden, wie es einmal war. Ich las das aus den vielen Briefen und hörte es von den Besuchern aus der DDR, mit denen ich mich vor dem Kanzleramt oder vor meinem Haus in Oggersheim unterhalten habe«, erinnert sich der Bundeskanzler, der in diesen Tagen die DDR-Führung nachdrücklich auffordert, den Prozeß der Demokratisierung mit dem Ziel freier Wahlen ohne Täuschungsmanöver und ohne Behinderung fortzuführen.

Erst nach dem »Sturm auf die Normannenstraße«, dem letzten großen Desinformationsmanöver der Stasi am 15. Januar, gelingt es Modrow, die Stasi-Debatte einzudämmen. Es hat den Anschein, als stehe der Dienst jetzt unter der Kontrolle der Reformkräfte. Tatsächlich aber sind die Demonstranten durch von innen geöffnete Tore in den Wirtschaftstrakt des gewaltigen Ost-Berliner Gebäudekomplexes gelotst worden, wo sie nur belangloses Papier durchwühlt haben. Kohl hat offenbar Verdacht geschöpft, wenn er in der Sitzung der Bonner CDU/CSU-Fraktion am Tag darauf sagt, niemand wisse, wie die Bilder von der Besetzung der Stasi-Zentrale zustande gekommen seien. In dem Gebäude, um das es dort ginge, arbeiteten Leute, die provozieren und desorientieren. Das müsse doch nachdenklich stimmen.

So »geschickt« Modrow, der dem »Runden Tisch« jetzt die Beteiligung an der Regierungsverantwortung

anbietet, aus seiner Sicht das schwer belastende Stasi-Problem gelöst haben mag, so hilflos steht er vor den gewaltigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des mit mehr als fünfzig Milliarden D-Mark verschuldeten Landes. Im Verlauf der Volkskammersitzung am 11. Januar räumt er ein, daß neben der allgemeinen Stabilität oberste Priorität der Wirtschaftsreform zukomme, die er alsbald angehen wolle. Modrow kündigt außerdem an, er werde bis Ende Januar eine Analyse der Situation und bis Anfang März ein »Plankonzept« für das Jahr 1990 vorlegen.

»Daß Modrow Reformen wollte, daran hatte ich keinen Zweifel«, erinnert sich der Bundeskanzler, fährt jedoch fort: »Ob diese von ihm angekündigten Schritte ausreichen würden, daran hatte ich allerdings erhebliche Zweifel. Ich hatte mir gewünscht, daß Modrow vor der Volkskammer klare Aussagen zur künftigen Wirtschaftsordnung der DDR macht. Aber er war noch der Überzeugung, daß er mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln das System retten könnte, wobei er sicher nicht nur an Bonner Milliardenhilfen, sondern auch an eine Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen, vielleicht auch an eine Öffnung der Wirtschaftsstruktur bestimmter DDR-Betriebe gegenüber dem Westen dachte.

Unter diesen Umständen taten wir uns in der Bundesregierung schwer, einen sinnvollen Ansatzpunkt für Wirtschaftshilfe für die DDR zu finden. Und ein solcher mußte rasch gefunden werden. Die Menschen würden nur dann in ihrer angestammten Heimat bleiben, wenn man sie davon überzeugen konnte, daß es mit dem Lande schnell bergauf gehe.« Auch sehr schnelle wirtschaftliche Hilfen, so Kohl, hätten Zeit gebraucht, bis ihre positiven Folgen für die Menschen in der DDR erlebbar gewesen wären. Ihm sei es daher darauf angekommen, möglichst bald erneut mit dem DDR-Ministerpräsidenten zusammenzukommen, um ganz konkret über die nächsten Schritte auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zu verhandeln.

Als Termin für ein solches Treffen wird der Februar vorgesehen. Schnell zeigt sich jedoch, daß die Regierung Modrow nicht mehr die Zeit hat, um die erforderlichen Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Die Diskussion um den Staatssicherheitsdienst, die verspätete Vorlage eines unzulänglichen Wahlgesetz-Entwurfs, ein unzureichendes Wirtschaftsrahmengesetz und vor allem immer neue Enthüllungen von Amtsmißbrauch und Korruption haben zu einem totalen Vertrauensverlust gegenüber der staatlichen Autorität der DDR geführt.

[...]